

# Olllys Kommentar: Zur Lage der (Un)Nation

Da frage sich noch einer Bezug nehmend auf das Dritte Reich: Wie konnte das denn geschehen? Die Antwort liegt auf der Hand oder anders gesagt: Das Volk wird von einer völlig unfähigen Regierung geleitet und schaut wie das Vieh an der Schlachtbank seinem Unglück ohne Gegenwehr entgegen. Nicht nur, das die Masse der Bevölkerung nicht hinter dem Bündnis aus CSU/CDU und SPD steht, darüber hinaus wird die Handlungsfähigkeit der Opposition ausgehebelt. Wir werden erneut von Nichtskönnern regiert. Allenfalls der weiblichen Ministerriege könnte man unterstellen, dass sie wenigstens vom Blasen Ahnung haben könnte, aber vom Tuten haben sie alle nicht den geringsten Schimmer. Sie haben mehr Respekt vor ihrem konfessionellen Glauben als vor dem Volk, wenn sie ihren Amtseid auf das Grundgesetz und nicht auf die Bibel leisten. Aber wir sollen an ihre Worte glauben und ihre Taten für gut heißen. Wer sich fragt wo Kristina Schröder abgeblieben ist: Sie sitzt als Abgeordnete für Wiesbaden im Bundestag.

Wenn ich dieser Regierung vorwerfe in Wirklichkeit ein größenwahnsinniges Regime zu sein, kann ich das an mehreren Tatsachen festmachen.. Zum Beispiel daran, dass die Neue Reichskanzlei 90 Millionen Reichsmark an Baukosten verursacht hat (60 Millionen mehr als veranschlagt). Nach heutigem Wert wären das 297 Millionen Euro (1,00 RM/3,30 Euro/Quelle: Wikipedia). Das Regierungsviertel hat 3.440 Millionen Euro gekostet (590 Mio. Mehr als veranschlagt. Damit will ich in keiner Weise das Dritte Reich für besser erklären, sondern aufzeigen, wie weit wir uns den Verhältnissen um 1938 angenähert haben, ohne es wahrzunehmen und anhand von Tatsachen aufzeigen, das unser derzeitiges Regime weitaus größenwahnsinnig ist, nicht minder menschenverachtend handelt (nur verdeckter) und das Volk genauso hintergeht und belügt, wie der kleine durchgeknallte Österreicher.

**»Ausländer raus!«**

Ab dem 1. Januar 2014 dürfen EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien ohne

Einschränkungen in der EU und somit auch in Deutschland arbeiten. Diese Gesetzgebung ist Anlass für einige Volksvertreter sich sorgenvoll zu äußern. Es sind doch immer wieder die gleichen Selbstbefriediger (»Wichser« wäre wohl eine Beleidigung) die völlig unbedacht das Maul aufreißen. Medial angeheizt, wird die Panik vor den »zu erwartenden« Völkerwanderungen aus Bulgarien und Rumänien geschürt »die unsere Sozialkassen belasten«. Dabei ist diese Gesetzgebung die Folge der eigenen Politik der vergangenen Jahre. Nur zur Erinnerung: Es waren unsere Politiker, die unsere Rentenkassen geplündert und den Sozialstaat ruiniert haben, nicht die Völker anderer Länder! Andere Kreise wiederum halten dagegen, es kämen auch Fachleute, die den Mangel an gut ausgebildeten Personal ausgleichen. Das eine ist menschenverachtend, das andere Augenwischerei. Denn diejenigen, die gut ausgebildet sind oder aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können, sind schon lange hier und geben ihr bestes, um den „Fachkräftemangel“ so gering wie möglich zu halten.

Die anderen, die nun kommen mögen haben der Diskussion zum Trotz gar keinen Anspruch auf Leistungen – auch dann nicht, wenn sie hierherkommen, arbeiten und dann arbeitslos werden. Anspruch besitzen nur diejenigen, die aufgrund eines Arbeitsvertrages eingereist sind und deren Arbeitgeber das Unternehmen aufgeben.

Wobei wir bei über sechs Millionen Arbeitslosen nicht von einem Fachkräftemangel sprechen können. Die Fachkräfte die wir im Land haben sind nur nicht billig genug! Deshalb holen wir Pflegekräfte aus Polen und von den Philippinen, Berufskraftfahrer aus aller Herren Länder, Handwerker kommen ebenfalls aus allen Himmelsrichtungen genauso wie Seefahrer. Das sind die Folgen einer globalisierten Welt. Und sie wären auch kein Diskussionsgrund, wenn nicht die Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter Ziel wäre. Die Angst besteht nicht aus der Furcht vor der Wegnahme von Arbeitsplätzen durch Ausländer – EU-Bürger, sondern viel mehr die enormen Beträge, mit denen die Sozialkassen belastet werden könnten.

Anhand der Äußerungen der Politiker erkennt man, das die Europäische Union (lat. unio, »Einheit«, »Vereinigung«) nur wirtschaftliche Gründe hat. Die gesellschaftliche und soziale Vereinigung interessiert die

Politik einen Dreck. In diesem Zusammenhang muss ich erneut auf die Versager in Brüssel hinweisen. Dort sitzt der politische Sondermüll und entscheidet, ohne das wir die Möglichkeit der Einflussnahme hätten, über unsere Köpfe hinweg. Die Tatsache, dass diese politischen Versager in Brüssel den Lobbyisten ausgeliefert sind gepaart mit dem Wissen um die Tatsache, dass die geistige Elite nicht in der Politik und schon gar nicht in Brüssel, sondern in der Wirtschaft sitzt, müsste auch dem letzten bewusst werden: Das geht nicht gut aus!